



infobrief 1/07

Dienstag, 16. Januar 2007

MK/TP

Stichwörter

Überschuldung, CAWIN, iff-Überschuldungsreport 2007

A Sachverhalt

Ausgewertet wurden, zum Thema der privaten Überschuldung in Deutschland, mit Unterstützung der Nürnberger Norisbank AG die Daten von ca. 3000 Personen, die wegen Ihrer privater Überschuldungssituation in den Jahren 2005/2006 eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchen mussten.

Da den Stiftungen und dem Staat keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen um sich intensiver mit dem Interpretationsfeld der Überschuldungsforschung auseinanderzusetzen, hat das iff damit begonnen, die in der Schuldnerberatung - bei den Überschuldeten - erhobenen Daten auszuwerten. Dies ist grundsätzlich möglich, da das iff mit seiner Schuldnerberatungssoftware CAWIN 8.0 vor 20 Jahren gerade deshalb in die EDV einfuhrte, weil es sich davon Daten versprach, mit der jede Schuldnerberatungsstelle ihrem Stadtteil oder ihrer Stadt ein Bild der Überschuldeten vermitteln könnte.

Inzwischen ist das Programm CAWIN zur führenden Schuldnerberatungssoftware in Deutschland geworden, in das die Schuldnerberater auf der Grundlage eines Vertrauensverhältnisses zu den Schuldnern flächendeckend Daten einspeisen. Wir möchten an dieser Stelle allen Schuldnerberatungsstellen und Verbraucherzentralen, die sich an dem Projekt beteiligt haben, für Ihre Zusammenarbeit bedanken.

Das iff geht davon aus, dass eine regelmäßige Auswertung der CAWIN-Daten in Verbindung mit den in CAWIN integrierten Landes- und Kommunalstatistiken dazu beitragen kann, einen Mehrwert für die Kommunen zu schaffen und die Arbeit der Schuldnerberatungsstellen nach außen wirksam zu dokumentieren. Dies kann mit dazu beitragen, die Finanzierung der Schuldnerberatungsstellen langfristig zu sichern.

B Stellungnahme

B.I Ergebnisse

Einkommensschwache Haushalte sind überdurchschnittlich häufig von Überschuldung betroffen. Gleichzeitig sind sie auch mehr von Arbeitslosigkeit und anderen kritischen Lebensereignissen betroffen.

Mehr als die Hälfte der Überschuldeten sind arbeitslos. Mit dem abgesunkenen Einkommen können die Raten, deren Höhe unter besseren Bedingungen festgelegt wurde, nicht mehr bezahlt werden. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, umso wahrscheinlicher ist, dass alle anderen Ressourcen aufgebraucht sind.

Überschuldete haben häufig ein geringeres Bildungsniveau und keine Ausbildung. Dies ist nicht der Grund ihrer Überschuldung, sondern dafür, dass sie ärmer und häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Ein geringeres Bildungsniveau führt jedoch zu Fehlverhalten in der Krise was wiederum zur Überschuldung führen kann.

Das Überschuldungsrisiko Alleinerziehender mit Kindern ist fast zwölf Mal so hoch wie das Risiko kinderloser Paare. Zusammenlebende erwachsene können wie eine Versicherung für temporäre Zahlungsschwierigkeiten wirken. Wer alleine ist und für Kinder sorgen muss hat die schlechtesten Bedingungen. Kleinkinder in Großfamilien sind besonders betroffen.

Niemand überschuldet sich deshalb, weil er in eine „tief rote“ Stadt zieht. Auch die jährlich nach den Karten des Inkasso- und Zahlungsdatenbanken „rot“ eingefärbten Städte im Nordwesten oder Osten Deutschlands haben Stadtteile, Straßen und Familien, die weniger überschuldet sind als Stadtteile und Straßen „grüner“ Städte im Süden.

Auf die Banken kommt es an: Sie haben nur jede sechste Forderung, aber ihre Forderungen machen mehr als die Hälfte der Schulden aus. Jeder fünfte Fall wäre nach Ansicht der Berater durch vorsichtiger Kreditaufnahme vermeidbar gewesen. Bei unter 20-Jährigen war es jeder zweite. Doch gleichzeitig waren sie auch am geringsten verschuldet. Die, die überschuldet waren, waren weit überproportional arbeitslos, ohne Berufsausbildung und häufiger vorbestraft. Zweifel an einem rein erzieherischen Präventionskonzept sind bei diesem Gruppen angebracht.

Jeder sechste Überschuldete gerät durch Trennung in die Insolvenz. Weniger als die Hälfte suchen die Schuldnerberatung innerhalb des ersten Jahres nach einer Trennung auf. Fehlverhalten in dieser Phase gefährdet den Entschuldungserfolg.

B.II Weitergehende Denkansätze

Aus den Erkenntnissen und den Ergebnissen der Studie haben sich weitergehende Denkansätze und Fragestellungen ergeben:

Wenn Kredite Liquiditätsgap überbrücken, sollten sie dann nicht nur in der Rückzahlung flexibel gestaltet werden können, sondern auch zum richtigen Zeitpunkt gewährt werden, um Armut zu vermeiden? Wäre es für den Staat nicht billiger, Kredite für Arme abzusichern und günstiger und flexibler zu gestalten als Sozialhilfe zu gewähren?

Sollten nicht Ratenverpflichtungen während der Arbeitslosigkeit dem neuen Einkommen angepasst werden, wie beispielsweise Tilgungsfreistellung oder Zinsaufschub?

Sollte die Bildung in den Schulen statt Sparsamkeit und Kreditvermittlung, nicht auch die Fähigkeit vermitteln, in finanziellen Krisen mit Krediten umzugehen? Müssen wir nicht alle Unterrichtsmaterialien umschreiben?

Sollte man nicht bei getrennt lebenden Erwachsene über einen (Bürgschafts-)Pool oder eine gemeinsame Versicherung die finanziellen Risiken einer getrennten Wirtschaftsführung mil-

den? Sollte man nicht für die Förderung kinderreicher Familien in Krisensituationen stärkere Liquiditätshilfen oder Kündigungsausschlüsse vorsehen, anstelle nach einer Überschuldung die Folgekosten tragen zu müssen?

Wenn kein Zusammenhang zwischen Wohnort und Überschuldung vorliegt, sollte man dann nicht auf solche Karten verzichten, da solche eher zur Kreditverweigerung einladen anstatt sie die Probleme bekämpfen? Sollten wir nicht das, nach US-amerikanischen Vorbild „Redlining“ (Kreditvergabe nach Wohnortscores) aufgeben und stattdessen durch soziale Karten zur Kreditvergabepraxis (GPS) öffentlich überprüfen, ob Kredite nur noch nach Postleitzahlen vergeben werden?

Sollten Banken, die besonders von der Insolvenz privater Haushalte betroffen sind besondere Maßnahmen ergreifen oder sollten die Banken, die das Risiko scheuen, mehr zum Ausgleich betragen? Sollte man nicht wie in der Unternehmensinsolvent die Gläubiger nach Gruppen zusammenfassen, um freiwillige Schuldenbereinigungspläne zu erleichtern? Könnte es sein, das der Staat als Gläubiger die Entschuldigung behindert, die er als Sozialstaat fordert? Würde nicht wie im Unternehmenskonkurs durch die Pflicht zur rechtzeitigen Insolvenzanmeldung der Verbraucher Betrug, Wucher und ungerechtfertigter Gewinne verhindert werden?

Sind Kredite auf moderne Lebensformen und veränderte Wertvorstellungen zugeschnitten? Sollten nicht die Scheidungskosten (Steuer, Anwalt, Gericht) drastisch reduziert und/oder auf längere Zeiträume verteilt, d.h. kreditiert werden? Wo bleiben Kreditversicherungen für die Trennung oder wenigstens Schuldenteilungsklauseln für die Scheidung?

Ist das Finanzierungssystem der Schuldnerberatung richtig, wonach nur bezahlt wird, wenn bereits die Insolvenz manifest ist? Kostet es den Staat nicht mehr, die Insolvenz zu verwalten als die abzuwenden?

Weblink: iff-Überschuldungsreport 2007

<http://news.iff-hh.de/media.php?t=media&f=file&id=2385>